



Komitee
Nein zum schleichenden EU-Beitritt

EU-No

Postfach, 3001 Bern
PC: 85-126820-7, info@eu-no.ch

EU-No Newsletter vom 19. November 2020

Der Bevölkerung Sand in die Augen gestreut

Nachdem die geheimen Vorbereitungen getroffen worden sind, sucht der Bundesrat mit der neuen Unterhändlerin Livia Leu nun den Kontakt mit Brüssel. Gross wurden harte Verhandlungen mit der EU verkündet. Klar ist aber, dass sich weder die Position des Bundesrates noch die der EU grundlegend verändert hat. Es gibt also keine Verhandlungen. Der Bundesrat versucht immer noch mit sogenannten Klärungen und Präzisierungen am missratenen Rahmenabkommen herumzubasteln, anstatt dieser Selbstaufgabe eine Abfuhr zu erteilen. Damit wird der Schweizer Bevölkerung Sand in die Augen gestreut.

Geheimniskrämerei

Das Rahmenabkommen zwischen der EU und der Schweiz stand unter langem Stillstand. Nicht erfreut über diese Langwierigkeit war und ist die EU, welche auf weitere Schritte der Schweiz wartete und äusserte, dass sie mit diesem Verhalten unzufrieden ist. Die Begrenzungsinitiative, für welche die beiden Parteien offenbar einen Diskussionsstopp abgemacht hatten, wurde abgelehnt. Und sofort wurde das Rahmenabkommen wieder zum Thema und es machte sich sogleich in der Schweiz von rechts bis links Kritik breit. Auch personell waren auf beiden Seiten Änderungen zu verzeichnen: Die EU wird durch einen neuen Unterhändler wie auch durch einen neuen Botschafter in der Schweiz vertreten. Wohl kaum dem innenpolitisch ansteigenden Druck zuzuschreiben, hat auch der Bundesrat mit Livia Leu eine neue Chefunterhändlerin rekrutiert, welche das Rahmenabkommen nun mit dem bestmöglichen Resultat abschliessen soll. Die Vorgeschichte ist also geschrieben und die geheimen Vorbereitungen wurden unternommen.

Verhandlungen! Verhandlungen?

Inhaltlich hat der Bundesrat dem innenpolitischen Druck jedoch kein bisschen nachgegeben. Gemäss Medienbeiträgen beschränken sich die Anliegen von Seiten des Bundesrats nach wie vor auf eine gewisse Absicherung des Schweizer Lohnschutzes durch die flankierenden Massnahmen, auf den Ausschluss der Unionsbürgerrichtlinie vom Rahmenabkommen und eine wenig weitreichende Regelung bezüglich der staatlichen Beihilfen. Dies wohl mit der leisen Hoffnung, auf etwas mehr Zustimmung auf der politisch linken Seite und bei den Kantonen. Das Rahmenabkommen soll also vermeintlich gerettet werden mit denselben drei Anliegen, die der Bundesrat vor 17 Monaten der EU rückmeldete. Damit zeigt sich, dass dem Bundesrat die Rückmeldungen im eigenen Land und vielseitigen Kritikpunkte zum Rahmenabkommen egal sind.

In den Medien wurde nun gross angekündigt, dass jetzt hart verhandelt würde. Aber wenn man genau hinschaut, sieht man, dass es immer noch um sogenannte Klärungen und Präzisierungen geht, keinesfalls um Nachverhandlungen oder Verbesserungen am bestehenden Text. Die EU will nicht mehr verhandeln und auch der Bundesrat beschränkt sich



Komitee
Nein zum schleichenden EU-Beitritt

EU-No

Postfach, 3001 Bern
PC: 85-126820-7, info@eu-no.ch

auf unverbindliche Absicherungen, welche inzwischen mit dem Begriff «Immunisierung» schöngeredet werden. Die Grundprobleme des Abkommens werden bleiben, wie sie jetzt vorliegen. So hat sich die Regierung beispielsweise damit abgefunden, sich dem EU-Gerichtshof zu unterstellen, und damit einem nicht neutralen Integrationsorgan der EU. Was wir uns dadurch an zukünftigen Vorschriften und Bürokratie auflasten, ist nicht auszumahlen. Dabei ist zu vermerken, dass es bei den Strafmassnahmen nicht einfach nur um finanzielle Bussen geht, sondern einerseits Verträge suspendiert werden können, was die EU-Kommission ohne politischen Rückhalt der EU-Staaten vollziehen kann. Andererseits wird ja auch eine neue Super-Guillotine installiert, womit das Rahmenabkommen und alle angehängten Verträge wie auch das Freihandelsabkommen von 1972 zusammengekettet würden.

Aspekte wie der Verlust der Demokratie und Souveränität, die Unterhöhung des Föderalismus, die Strafmassnahmen, die Super-Guillotine, mehr Bürokratie und Juristerei, Risiken durch eine ungewisse EU-Rechtsentwicklung und weitere scheinen den Schweizer Vertretenden auch nach 17 Monaten Bedenkzeit nicht von ausreichender Relevanz, um die Übung Rahmenabkommen endlich abzubrechen.

Komitee Nein zum schleichenden EU-Beitritt